

14. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 9. Februar 1949.

294/J

A n f r a g e

der Abg. P e t s c h n i k , R o m , L a g g e r , V o i t h o f e r ,  
M a r c h n e r und Genossen  
an den Bundesminister für Inneres,  
betreffend Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.

-.-.-.-

In der Gemeinde St. Thomas am Zeiselberg in Kärnten wurde im Jänner d.J. der sozialistische Vizebürgermeister Kulle überfallen und so schwer misshandelt, dass er schwere Körperversetzungen davontrug. Dem Verdacht, dass es sich hierbei um Ausschreitungen politischer Gegner gehandelt hat, trat insbesondere die offizielle ÖVP-Presse in Kärnten mit Entschiedenheit entgegen und stellte die Angelegenheit als einen Raufhandel ohne politische Hintergründe dar. In Nummer 6 der "Allgemeinen Bauern-Zeitung", des Organes des Kärntner Bauernbundes - also des offiziellen Partei-Organs der ÖVP - vom 5.2.1949, wird jedoch im Leitartikel eine wesentlich andere und offenbar die wahren Hintergründe klarstellende Darstellung gegeben. Nachdem der sich "Loisl" nennende Leitartikler sich in einer seinen Fähigkeiten angemessenen Art über die sozialistischen Bürgermeister Kärntens geäußert hat, setzt er fort: "Wenn sie" - gemeint sind die sozialistischen Bürgermeister - "dann von Heimkehrern einmal saubere Prügel kriegen - nicht zum ersten- und nicht zum letztenmal - wie der Arbeitsbauernführer Kulle in St. Thomas am Zeiselberg, dann setzt sich dieser traurige Held und Stänkerer und edle Zeitgenosse im Bett auf und erzählt eine rührende Geschichte einer ÖVP-SS-Verschwörung in der Gemeinde gegen ihn ...."

Diese Zeilen enthalten zwei Eingeständnisse, auf welche die Fragesteller den Herrn Bundesminister aufmerksam machen: 1.) Eine Zustimmung zu Gewaltakten gegen politische Gegner und 2.) eine Androhung, diese Gewaltakte auch in Zukunft fortzusetzen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e :

1.) Welche Massnahmen gedenkt der Herr Bundesminister anzuordnen, dass künftige Gewaltakte gegen politisch Andersgesinnte von den Organen der Exekutive verhindert werden können?

2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, durch seine Organe den Verfasser des Artikels feststellen und den ordentlichen Gerichten zur Bestrafung anzeigen zu lassen?

-.-.-.-.-